



Bearbeitet von: Herrn Horn
Durchwahl: 0511 3030-2174
Mein Zeichen: II/714 - 0103 - 01/08
(Einl-109-110-Si-Go-Erweiterung)
E-Mail: norbert.horn@lt.niedersachsen.de*

23. Februar 2021

**109. - öffentliche - und 110. - nicht öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

Donnerstag, den 25. Februar 2021, 10.15 Uhr

Hannover, Erweiterungsgebäude des Landtages,
Leinstraße 30

- Sitzungszimmer 1105 -

Mein Schnellbrief vom 18. Februar 2021 - Az. w. o. -

Der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung lässt mitteilen, dass die Tagesordnungen der 109. und 110. Sitzung wie folgt geändert werden:

- Die bisherigen **Tagesordnungspunkte 1 und 2** der 109. Sitzung werden getauscht.
- Die Tagesordnung der **109. Sitzung** wird um die Beschlussfassung über eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema der Erschöpfungskrankheit CFS/ME erweitert.
- Die **110. Sitzung** wird um einen **vertraulichen Sitzungsteil** zum Zwecke der Unterrichtung durch die Landesregierung zu einem besonderen Vorkommnis in der Psychiatrischen Klinik Lüneburg erweitert.

Die Tagesordnungen erhalten somit folgende Fassungen:

- Hinweise: -

- Hinweise:** - Zur Abstandswahrung wird darum gebeten, die Größe des Raumes auszunutzen.
- Der Vorsitzende lässt mitteilen, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, an der **109. Sitzung mittels Videokonferenztechnik** teilzunehmen (§ 97 a GO LT). Ausschussmitglieder, die entsprechend verfahren möchten, werden gebeten, dies der Landtagsverwaltung vorab mitzuteilen.
- In unmittelbarem Anschluss an die 109. Sitzung findet die **nicht öffentliche und teilweise vertrauliche 110. Sitzung** statt, an der eine Teilnahme mittels Videokonferenztechnik nach der GO LT nicht möglich ist.

Tagesordnung der 109. Sitzung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bewertung der polizeilichen Bearbeitung eines Falles von schwerem sexuellen Missbrauch von Kindern**

Hinweis:

Die Landesregierung hat um die Möglichkeit der Unterrichtung gebeten.

Den Mitgliedern der Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern wird gemäß § 94 Abs. 2 GO LT anheimgestellt, zu diesem Tagesordnungspunkt an der Sitzung teilzunehmen.

2. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über die aktuelle Lage bezüglich des Corona-Virus**

Hinweis:

Die Unterrichtung wird von Herrn Staatssekretär Scholz wahrgenommen

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem im Gesundheitsvorsorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz des Bundes vorgesehenen Hebammenstellen - Förderprogramm für die Jahre 2021 bis 2023**

Hinweis:

/ Die Unterrichtung war in der 105. Sitzung am 21. Januar 2021 beschlossen worden. Zur Erläuterung ist das Schreiben der SPD-Fraktion vom 20. Januar 2021 als Anlage 1 beigelegt.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Anlagebericht 2020 der Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen; hier: „Hilfe und Schutz für von Gewalt betroffenen Frauen“**

Hinweis:

/ Die Unterrichtung war in der 105. Sitzung am 21. Januar 2021 beschlossen worden. Zur Erläuterung ist das Schreiben der SPD-Fraktion vom 20. Januar 2021 als Anlage 2 beigefügt.

5. **Alle mitdenken: Den niedersächsischen Stufenplan mit umfassenden Begleitmaßnahmen zum Erfolg machen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8483

- Erste Beratung: 98. Sitzung am 17.02.2021
- federführend: AfSGuG; mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

6. **Für einen Stufenplan 2.1: für differenzierte Öffnungskriterien!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8493

- Erste Beratung: 98. Sitzung am 17.02.2021
- AfSGuG

7. **Die Pandemie mit flankierenden Maßnahmen aktiv bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8494

- Erste Beratung: 100. Sitzung am 19.02.2021
- AfSGuG

8. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema der Erschöpfungskrankheit CFS/ME**

Hinweis:

/ Zur Erläuterung ist das Schreiben der Fraktionen der SPD und der CDU vom 19. Februar 2021 als Anlage 3 beigefügt.

Tagesordnung der 110. - nicht öffentlichen und teilweise vertraulichen - Sitzung:

Nicht öffentlicher Sitzungsteil gemäß § 93 Abs. 1 Satz 3 GO LT

1. **Eingabe 02110/11/18 vom 05.10.2020**

Betr. Wechselschichtzulage für Polizeivollzugsbeamte

Stellungnahme des MF vom 24.11.2020 (Az. VD 4-03602/§46(VO))

- Hinweis: -

Hinweis:

Der Petitionsausschuss hat die o. a. Eingabe in seiner 36. Sitzung am 13. Januar 2021 beraten und u. a. den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Themen um eine Stellungnahme gebeten. Der Eingabenvorgang ist den Ausschussmitgliedern von der Landtagsverwaltung per E-Mail am 22. Januar 2021 zugeleitet worden.

Vertraulicher Sitzungsteil - vorbehaltlich eines entsprechenden Ausschussbeschlusses

2. Unterrichtung durch die Landesregierung über ein besonderes Vorkommnis in der Psychiatrischen Klinik Lüneburg

Hinweis:

Die Landesregierung hat mit E-Mail vom 20. und 22. Februar 2021 um die Gelegenheit zur Unterrichtung in einem vertraulichen Sitzungsteil gebeten.

/ Ferner bat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 23. Februar 2021 um Unterrichtung (Anlage 4).

Eingeladen werden:

Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Mitglieder der Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern zu TOP 1 der 109. Sitzung

Abg. Frau Modder,

Abg. Herr Toepffer,

Abg. Frau Hamburg,

Abg. Herr Dr. Birkner

– als Fraktionsvorsitzende nach § 94 Abs. 2 GO LT zu TOP 2 der 109. Sitzung

Abg. Herr Siebels,

Abg. Herr Nacke,

Abg. Herr Limburg,

Abg. Herr Grascha

– als Parlamentarische Geschäftsführer nach § 94 Abs. 2 GO LT zu TOP 2 der 109. Sitzung

Abg. Herr Wenzel

– als Vorsitzender des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu TOP 5 der 109. Sitzung

- Kenntnis erhalten: -

Kenntnis erhalten:

Präsidentin des Landtages

Fraktionen

Staatskanzlei und sämtliche Ministerien

Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe

Präsidentin des Landesrechnungshofs

Im Auftrage

Horn